

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

14. Juli 1950.

154/J

A n f r a g e

der Abg. M a u r e r, B r u n n e r, Dipl. Ing. B a b i t s c h und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die gerichtlichen Eintragungsgebühren bei Erbteilung für hinter-
bliebene Kinder Kriegsgefallener.

Von den gerichtlichen Kostenstellen wird und wurde selbst zur Zeit der unbe-
strittenen Zuerkennung der Gerichtsgebührenbefreiung für die sonstigen Gerichts-
gebühren von Kriegsgefallenen-Nachlässen dennoch dann eine gerichtliche Eintra-
gungsgebühr vorgeschrieben, wenn anlässlich einer solchen Abhandlung Erbteile für
hinterbliebene Kinder grundbücherlich sicherzustellen waren und diese Sicherstel-
lung, wie es in Gegenden mit Gütergemeinschaft nicht anders sein kann, nicht nur
auf der dem Kriegsgefallenen gehörig gewesenen Liegenschaftshälfte sondern auch
auf der Liegenschaftshälfte der hinterbliebenen Gattin erfolgte. Das war und ist
notwendig, weil die Vormundschaftsgerichte nach den Vorschriften für die Sicher-
stellung von Forderungen pflegebefohlener Personen die grundbücherliche Eintra-
gung der Erbteile minderjähriger Kinder auf die ganze Liegenschaft verlangen. Nun
macht aber diese Eintragungsgebühr vielfach mehr aus als alle übrigen Gerichtsge-
bühren von der Verlassenschaftsabhandlung zusammen. Die Einhebung dieser Gebühr
ist daher für die Hinterbliebenen der Kriegsoffer eine unbillige Härte; denn auch
diese Sicherstellung ist nur eine notwendige Folge des Kriegssterbefalles.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister
für Justiz die

A n f r a g e :

Ist der Herr Minister geneigt, durch eine entsprechende Weisung an die
zuständigen Stellen seines Ministeriums diese unbillige Härte für die Hinter-
bliebenen der Kriegsoffer zu beseitigen?
